



Forschungsergebnisse

Marktneuheiten bringen Innovationserfolge im Aufschwung nach Krisen

Forschungsergebnisse

Mietspiegel haben Reformbedarf

Nachgefragt

Wie kann Deutschland von der Zuwanderung profitieren?

Die deutsche Pflegebranche setzt bisher nur zögerlich auf ausländische Fachkräfte

Die Einrichtungen und Dienstleister, die professionelle Pflegeleistungen anbieten, stellen einen bedeutenden Zweig der deutschen Volkswirtschaft dar. Durch die demografische Entwicklung und die damit steigende Anzahl an Pflegebedürftigen werden das Berufsfeld mittel- und langfristig noch weiter an Bedeutung gewinnen. Bereits seit einiger Zeit zeigt sich jedoch ein bundesweiter Engpass an Pflegefachkräften. Vor diesem Hintergrund befasst sich eine Studie des ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung mit den Chancen und Herausforderungen der internationalen Fachkräfterekrutierung in der deutschen Pflegebranche.

Etwa jeder zwanzigste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Bundesrepublik geht heute einer Tätigkeit in Pflegeberufen nach. Allerdings zeigt sich, dass es in der Gesundheits- und Krankenpflege vor allem in den alten Bundesländern einen

Arbeitskräftemangel gibt, während es in der Altenpflege im gesamten Bundesgebiet an Fachpersonal fehlt.

Für die ZEW-Studie wurde eine repräsentative Umfrage unter rund 600 Personalverantwortlichen durchgeführt, deren Ergebnisse anhand von Interviews mit Experten und Praktikern aus der Branche vertieft und reflektiert wurden. Wie die Umfrageergebnisse zeigen, ist der Fachkräftemangel eine Herausforderung für die Unternehmen. In 61 Prozent der Pflegeeinrichtungen gibt es offene Stellen zu besetzen. Drei Viertel der Einrichtungen mit offenen Stellen sagen, dass sie Schwierigkeiten haben, geeignete Pflegefachkräfte zu finden. Auch in den nächsten Jahren rechnen die Unternehmen nicht mit einer Entspannung der Engpasslage. Vier von fünf Personalverantwortlichen glauben, dass es in den nächsten fünf Jahren sogar schwerer werden wird, den Bedarf an Pflegepersonal zu decken.

Etwa zwei Drittel der Unternehmen engagieren sich bei der Ausbildung von Nachwuchskräften, bieten altersgerechte Arbeitsplätze an oder geben sprachlich benachteiligten Bewerbern eine Chance. Die Rekrutierung aus dem Ausland steht hingegen bisher kaum im Fokus der Personalverantwortlichen: Nur 16 Prozent der Einrichtungen haben in jüngerer Zeit aktiv im Ausland nach neuen Mitarbeitern gesucht. Für fast 60 Prozent der Unternehmen, die zuletzt keinen Versuch der internationalen Rekrutierung unternommen haben, stellt diese Personalmaßnahme auch in naher Zukunft keine Option dar. Es sind vor allem die Kosten bei der Auswahl von Bewerbern, sprachliche Verständigungsprobleme und Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen, welche die Unternehmen von der Rekrutierung ausländischer Pflegefachkräfte abhalten.

Bürokratie bremst internationale Rekrutierung aus

In der Tat berichten jene Unternehmen, die bereits internationale Rekrutierungserfahrung besitzen, von einem hohen Zeitaufwand und bürokratischen Problemen. Bei der Rekrutierung von außerhalb der Europäischen Union schildern zwei Drittel der Einrichtungen Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und 60 Prozent Probleme beim Erlangen der Zuwanderungserlaubnis.

Dabei machen die Unternehmen mit ihren im Ausland rekrutierten Pflegefachkräften grundsätzlich positive Erfahrungen. Drei von fünf Personalverantwortlichen geben an, dass sie mit den neuen Fachkräften zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind. Auch die Kompetenzen der internationalen Pflegefachkräfte werden überwiegend gleichwertig zu aus dem Inland stammenden Kollegen eingestuft. Bei der Praxiserfahrung sind die im Ausland zumeist akademisch ausgebildeten Fachkräfte allerdings im Nachteil. Mehr als die Hälfte der Personalverantwortlichen bescheinigt ihnen schlechtere Praxiskompetenzen. Bei der Einsatzbereitschaft sieht fast die Hälfte der Unternehmen ihr internationales Pflegepersonal vor den übrigen Mitarbeitern.

Um für Unternehmen mehr Anreize zu schaffen, dem steigenden Fachkräftemangel in der Pflegebranche durch vermehrte Einstellung von internationalem Personal entgegenzuwirken, müsste der damit verbundene Aufwand gesenkt werden. Bundesweit einheitliche Verfahren bei der Berufsanerkennung könnten den administrativen Aufwand verringern. Deutsche Sprachkurse bereits im Herkunftsland, Zertifizierung privater Personaldienstleister und effiziente Stellenbörsen können Arbeitgebern bei der Rekrutierung im Ausland zudem mehr Sicherheit geben.

Die Studie findet sich zum Download unter: www.zew.de/de/presse/3015

Angelika Ganserer, ganserer@zew.de

Spracherwerb: Mitschüler prägen Migranten

Die Landessprache zu lernen, ist von zentraler Bedeutung für die soziale und berufliche Integration von Migranten. Eine aktuelle ZEW-Studie untersucht, ob die Gruppenzusammensetzung in Sprachkursen für Migranten eine Rolle bei der Verbesserung der Sprachkenntnisse spielt. Die Ergebnisse zeigen, dass das durchschnittliche Alter der Gruppen sowie der Anteil der Teilnehmer aus dem gleichen Herkunftsland oder mit dem gleichen Sprachniveau zu Kursbeginn die Wahrscheinlichkeit bedeutend beeinflussen, dass die Teilnehmer ihr Sprachniveau verbessern.

Die Studie untersucht insbesondere, ob Gruppen mit mehr Frauen, einem höheren Anteil Akademiker, einem ähnlichen Sprachniveau zu Beginn des Kurses oder einem ähnlichen Herkunftsland, bessere Ergebnisse in den Sprachkursen erzielen. Die Analyse basiert auf eigenen Befragungen von Migranten die an dem Sprachkurs für Erwachsene des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) teilgenommen haben.

Im Rahmen einer Evaluation des BAMF-„Programms für Berufsbezogene Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund“ wurden 2.981 Teilnehmer im Jahr 2010 wiederholt befragt. Alle Teilnehmer in der Stichprobe sind Migranten der ersten Generation, im Durchschnitt seit neun Jahren in Deutschland und zumeist fortgeschrittene Anfänger in der deutschen Sprache. Das durchschnittliche Alter der Programmteilnehmer

liegt bei 39 Jahren, wobei der Anteil weiblicher Teilnehmer überwiegt. Für die Gruppenzusammensetzung der Sprachkurse gibt das Programm keine Kriterien vor. Die Gruppen, die für den Sprachunterricht zu Stande kamen, sind oft bunt gemischt mit Blick auf das Sprachniveau der Teilnehmer zu Beginn des Kurses, aber auch mit Blick auf Alter, Bildung und Herkunftsland.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Durchschnittsalter die Wahrscheinlichkeit bedeutend beeinflusst, dass Teilnehmer ihr Sprachniveau verbessern. Ältere Teilnehmer aber auch ältere Gruppen zeigen durchschnittlich im Vergleich weniger Fortschritte. Wenn mehr als die Hälfte der Teilnehmer das gleiche Sprachniveau zu Beginn des Kurses hat, wirkt sich das positiv auf die Verbesserung der Sprachkenntnisse aus. Gruppen mit einer größeren Vielfalt an Herkunftsländern erreichen ebenfalls mit höherer Wahrscheinlichkeit eine höhere Sprachstufe. Der Anteil an Frauen und Akademikern in einer Gruppe hat dagegen keinen nennenswerten Einfluss auf die Sprachfortschritte.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass bessere Resultate beim Sprachunterricht für Migranten erreicht werden können, wenn die Teilnehmer nach Sprachniveau gruppiert und die Gruppen nach Alter und Herkunftsland gemischt werden.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/7916>

Dr. Maresa Sprietsma, sprietsma@zew.de

Innovationen – Investitionen in der Krise zahlen sich im Aufschwung danach aus

Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 hat die Konjunktur weltweit stark geschwächt. Für Unternehmen hat es sich trotzdem gelohnt, in der wirtschaftlichen Flaute ihre Innovationsausgaben zu steigern. Denn vor allem die Investitionen in die Entwicklung von Marktneuheiten haben im anschließenden Aufschwung zu Innovationserfolgen geführt, wie eine Studie des ZEW zeigt.

Während in den Jahren 2006 und 2007 das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland jeweils zwischen drei und vier Prozent wuchs, spürten die Unternehmen bereits 2008 erste Anzeichen der aufkommenden weltweiten Wirtschaftskrise. Im Jahr 2009 traf die Krise dann die deutsche Wirtschaft mit voller Härte. Das reale BIP nahm um 5,5 Prozent ab. Die Jahre 2010 und 2011 hingegen waren in Deutschland geprägt von wirtschaftlichem Aufschwung, die Wachstumsraten des realen BIP übertrafen jeweils drei Prozent.

In der Forschung zur Krise 2008/2009 lag der Fokus auf den Finanzmärkten, der Geldpolitik und den Staatsdefiziten. Dies sind jedoch nicht die einzigen Gebiete, die beeinträchtigt waren und die auf die Wachstumsaussichten einer Volkswirtschaft einwirken. Ein weiterer wichtiger Faktor sind Innovationen, das heißt produktivitätssteigernder technologischer Wandel.

In Krisen fahren Unternehmen ihre Investitionen zurück

In der Regel reagieren Unternehmen prozyklisch in ihrem Innovationsverhalten: Sie weiten ihre Innovationsaktivitäten in Wachstumszeiten aus und fahren sie in Rezessionen zurück. Grund hierfür ist vor allem, dass Unternehmen mit ihrem Kassenzufluss Innovationen finanzieren. Wenn im wirtschaftlichen Abschwung der Umsatz schrumpft, steht die Finanzierung von Innovationen auf der Kippe. Dies beeinträchtigt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, sondern der gesamten Volkswirtschaft und somit auch das Produktivitätswachstum.

Die Wissenschaftler des ZEW haben nun erstmals untersucht, wie eine Ausweitung der Innovationsbudgets deutscher Unternehmen während der Wirtschaftskrise 2008/2009 deren Innovationsoutput beeinflusst hat.

Für die Studie wurden Daten des Statistischen Bundesamts und des Mannheimer Innovationspanels (MIP) analysiert, die das ZEW seit 1993 jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhebt. Um Innovationsausgaben und ihr Ergebnis über einen längeren Zeitraum beobachten zu können, betrachteten die Wissenschaftler die Jahre 2006 bis 2012. Die verwendeten Daten beinhalten Informationen zu geschäftlichen Merkmalen wie den Innovationsausgaben und zum Erfolg von Produktinnovationen von 2.143 Unternehmen. Als Maß für die konjunkturelle Entwicklung dienen sowohl ein makroökonomischer Indikator, das BIP-Wachstum, als auch ein branchenspezifischer Indikator, der Nachfrageänderungen auf den wichtigsten Absatzmärkten der Unternehmen misst.

Wie die Studie belegt, ist es für Unternehmen wenig erfolgversprechend, ihr Innovationsbudget dann auszuweiten, wenn die Nachfrage im Hauptabsatzmarkt fällt. Höhere Innovationsausgaben während einer Wirtschaftskrise haben keinen signifikanten Effekt, wenn lediglich die eigene Branche von einem Konjunkturrückgang betroffen ist.

Betrachtet man hingegen die makroökonomische Entwicklung der gesamten Wirtschaft, gibt es sehr wohl einen signifikanten Effekt: Investieren Unternehmen während einer gesamtwirtschaftlichen Krise verstärkt in Innovationen, steigt im anschließenden wirtschaftlichen Aufschwung der Umsatz mit Marktneuheiten. In Krisen, die wie in den Jahren 2008/2009 durch ein rückläufiges reales BIP gekennzeichnet sind, sinken die Kosten für Arbeitskräfte und Materialeinsatz, angefangen bei Rohstoffen bis hin zur maschinellen Ausstattung. Zudem wird auch Fremdkapital günstiger. Dadurch reduzieren sich die Kosten für Investitionen – und damit auch Innovationen. Unabhängig von der jeweiligen Branchensituation haben im Aufschwung des Jahres 2010 jene Unternehmen profitiert, die während des Jahres 2009 antizyklisch in die Einführung von Marktneuheiten investiert hatten.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/de/publikationen/7891

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de
Martin Hud, hud@zew.de

INHALT

Die deutsche Pflegebranche setzt bisher nur zögerlich auf ausländische Fachkräfte	1
Spracherwerb: Mitschüler prägen Migranten	2
Innovationen – Wer in der Krise investiert, gewinnt im anschließenden Aufschwung	3
Erbschaftsteuerreform bringt Mehrkosten bei der Übertragung von Unternehmen	4
Wachsende Endnachfrage treibt weltweiten Rohstoffbedarf nach oben	5

Mietspiegel brauchen größere Marktnähe und bessere Datengrundlage	6
Deutschland geht mit neuen Schulden, aber ausgeglichenem Haushalt aus der Krise	7
Nachgefragt: Wie kann Deutschland von der Zuwanderung profitieren?	8
ZEW intern	9
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

Erbschaftsteuerreform bringt Mehrkosten bei der Übertragung von Unternehmen

Seit Jahren ermittelt das ZEW im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen in regelmäßigen Abständen die Erbschaftsteuerbelastung bei der Übertragung eines großen mittelständischen Musterunternehmens an nahe Familienangehörige wie den Ehegatten oder Kinder. Modellrechnungen des ZEW auf der Grundlage von drei bisher von der Bundesregierung vorgelegten Reformvorschlägen zeigen, dass sich die Belastung durch die Erbschaftsteuer für ein Musterunternehmen mit einem Wert von rund 103 Millionen Euro deutlich erhöhen würde, beim aktuell vorliegenden Kabinettsentwurf um rund 142 Prozent. Das entspricht einem Belastungsanstieg um 10,9 Millionen Euro auf 18,6 Millionen Euro.

In Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2014, das die geltende Rechtslage für verfassungswidrig erklärt, hat die Bundesregierung drei Reformvorschläge zur Erbschaftsteuer erarbeitet. Zunächst wurde seitens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) im Februar 2015 ein Eckpunkteplan vorgelegt. Dieser sieht vor, die bestehenden Begünstigungen für übertragenes Unternehmensvermögen in Höhe von 85 Prozent beziehungsweise 100 Prozent auf einen erwerbsbezogenen Höchstbetrag von 20 Millionen Euro zu begrenzen. Dieser Höchstbetrag ist als Freigrenze ausgestaltet, das heißt bei Übertragungen von höheren Unternehmensvermögen wird keine Begünstigung gewährt, sofern die vorgesehene Bedürfnisprüfung ins Leere läuft. Bezogen auf das vom ZEW betrachtete Musterunternehmen würde Deutschland demnach im internationalen Vergleich von 18 Ländern vom zwölften auf den 17. Platz zurückfallen. Die durchschnittliche Steuerbelastung würde sich nahezu verfünffachen, von 7,7 Millionen auf 34,6 Millionen Euro.

Eine weitere Konkretisierung hat das BMF im Juni 2015 mit einem Referentenentwurf vorgenommen. Dieser sieht zusätzlich zu der Freigrenze von 20 Millionen Euro ein Abschmelzmodell beim Verschonungsabschlag für Unternehmensvermögen zwischen 20 Millionen Euro und 110 Millionen Euro sowie einen einheitlichen Abschlag von 25 Prozent beziehungsweise 40 Prozent jenseits von 110 Millionen Euro vor. Für das Modellunternehmen ergibt sich so ein reduzierter Verschonungsabschlag von 30 Prozent. Obwohl die durchschnittliche Belastung deutlich von 34,6 Millionen Euro auf 25,2 Millionen Euro sinkt, verbessert sich Deutschland damit nur um einen Rang auf Platz 16.

Weitere Modifizierungen sieht schließlich ein Kabinettsentwurf vom 6. Juli 2015 vor. Demzufolge soll die Freigrenze von 20 Millionen Euro auf 26 Millionen Euro beziehungsweise für Familienunternehmen auf 52 Millionen Euro erhöht, aber auch ein geringerer Verschonungsabschlag von 20 Prozent beziehungsweise 35 Prozent für Vermögen ab 114 Millionen Euro gewährt werden. Für das Musterunternehmen resultiert daraus lediglich ein höherer abgeschmolzener Verschonungsabschlag von 34 Prozent beziehungsweise von 51 Prozent für Familienunterneh-

men. Damit würde sich die durchschnittliche Steuerbelastung auf 23,9 Millionen Euro beziehungsweise auf 18,6 Millionen Euro (für Familienunternehmen) belaufen. In beiden Szenarien ergäbe sich aber keine weitere Verbesserung im Länderranking.

Wird der Kabinettsentwurf in der vorliegenden Form umgesetzt, würde sich im Erbfall, bezogen auf das Musterunternehmen, für Familienunternehmen ein Belastungsanstieg von derzeit 7,7 Millionen auf 18,6 Millionen Euro ergeben. Dies entspricht einer Zunahme um 10,9 Millionen Euro oder rund 142 Prozent. Im Vergleich von 18 betrachteten Ländern würde Deutschland damit vom zwölften auf den 16. Rangplatz zurückfallen. Insofern würde die Erbschaftsteuer zu einem erheblichen steuerlichen Standortnachteil werden, zumal sie im benachbarten Ausland wenig verbreitet ist.

Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de
Maria Theresia Evers, maria.evers@zew.de

ERBSCHAFTSTEUERBELASTUNG IN DEUTSCHLAND BEI ÜBERTRAGUNG EINES GROSSEN MITTELSTÄNDISCHEN MUSTERUNTERNEHMENS IN DER RECHTSFORM EINER KAPITAL- BZW. PERSONENGESELLSCHAFT

Veränderung im Länderranking aufgrund von Reformvorschlägen

	Durchschnittliche Belastung in Mio. Euro	Rang
Status Quo	7,7	12
Eckpunktepapier	34,6	17
Referentenentwurf	25,2	16
Kabinettsentwurf	23,9	16
Kabinettsentwurf (Familienunternehmen)	18,6	16

Aktuelles Länderranking

	Durchschnittliche Belastung in Mio. Euro	Rang
Österreich	0,0	1
Schweiz (Zürich)	0,0	1
Tschechien	0,0	1
Luxemburg	0,0	1
Polen	0,0	1
Schweden	0,0	1
Slowakische Republik	0,0	1
Italien	2,3	8
Vereinigtes Königreich	4,4	9
Irland	5,8	10
Niederlande	6,1	11
Deutschland	7,7	12
Frankreich	8,7	13
Spanien	8,8	14
Finnland	9,8	15
Dänemark	11,3	16
USA	29,7	17
Belgien	39,3	18

Der weltweite Rohstoffverbrauch hat zwischen 1995 und 2008 um 44 Prozent zugenommen, wie eine ZEW-Analyse zeigt. Die treibende Kraft dahinter ist zu 48 Prozent eine global steigende Endnachfrage.



Wachsende Endnachfrage treibt weltweiten Rohstoffbedarf nach oben

Weltweit wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Rohstoffe gefördert. Eine aktuelle Studie des ZEW legt dar, wie sich veränderte Konsum- und Investitionsgewohnheiten auf die Rohstoffgewinnung auswirken. Als Hauptgrund für den global gestiegenen Bedarf entpuppt sich dabei eine höhere Endnachfrage.

In den Jahren 1995 bis 2008 ist die weltweite Förderung von Biomasse, fossilen Brennstoffen und Mineralien von insgesamt 48 Milliarden Tonnen auf 69 Milliarden Tonnen gestiegen. Da die Rohstoffgewinnung zu zahlreichen Umweltschäden beiträgt, bemühen sich politische Entscheidungsträger vor allem in Europa um einen effizienteren Rohstoffeinsatz in der Produktion. Allerdings konzentrieren sich die Strategien darauf, den offensichtlichen Rohstoffeinsatz eines Landes zu verringern. Dabei lassen sie indirekte Rohstoffströme außer Acht, die zwar für die Güterproduktion notwendig sind, aber beim Export nicht weiter dokumentiert werden. Dabei haben diese indirekten Rohstoffströme durch die Globalisierung stark an Bedeutung gewonnen. Es ist also wichtig zu wissen, welche Faktoren den Rohstoffverbrauch ankurbeln, damit der Materialeinsatz gesenkt werden kann und nicht nur ins Ausland verlagert wird.

Der Materialfußabdruck ist ein Indikator, der die Materialausnutzung misst. Er quantifiziert alle Rohstoffe, die – auch indirekt – verwendet werden, um für die Endnachfrage einer Volkswirtschaft zu produzieren. In einer aktuellen Studie zerlegt das ZEW sowohl weltweit als auch für 38 ausgewählte Länder den Rohstoffverbrauch in verschiedene Einflussfaktoren. Zu ihnen zählen unter anderem die Zunahme der Endnachfrage, die veränderte Zusammensetzung der Güter, Änderungen in der Input-Output-Struktur der Wirtschaft und Änderungen in der Intensität der Rohstoffgewinnung. Bei der weltweiten Analyse werden zusätzlich Verschiebungen in der Endnachfrage untersucht. Grundlage der ZEW-Analyse sind Daten der World Input Output Database (WIOD), die das ZEW gemeinsam mit zehn europäischen Universitäten und Forschungsinstituten erstellt hat.

Im Jahr 1995 waren die Vereinigten Staaten mit 8,4 Milliarden Tonnen der größte Rohstofflieferant der Welt, gefolgt von China mit 7,9 Milliarden Tonnen. Australien wies mit 64,4 Ton-

nen je Einwohner die höchste Pro-Kopf-Förderung aus. Im Jahr 2008 hatte sich Chinas Rohstoffgewinnung auf 18,1 Milliarden Tonnen mehr als verdoppelt, während die USA weiterhin etwa acht Milliarden Tonnen Rohstoffe förderten. In Australien war nach wie vor die Pro-Kopf-Rohstoffgewinnung mit nun 79,3 Tonnen am höchsten.

Nur wenige Länder haben ihren Rohstoffverbrauch gesenkt

Der absolute Rohstoffverbrauch war im Jahr 1995 in den Vereinigten Staaten mit 8,9 Milliarden Tonnen am höchsten. Beim Pro-Kopf-Rohstoffverbrauch lagen die USA, Australien und Finnland mit jeweils mehr als 30 Tonnen vorn – diese Menge übertraf die Chinas etwa um das Fünffache. Im Jahr 2008 war der absolute Rohstoffverbrauch in China am höchsten und stieg deutlich auf 17 Milliarden Tonnen. Das Reich der Mitte blieb damit jedoch ein Netto-Exporteur von Rohstoffen. An zweiter Stelle folgten die USA mit 9,9 Milliarden Tonnen. Lediglich Deutschland, Japan und Ungarn verringerten ihren Rohstoffverbrauch. In Australien, Österreich und in den Vereinigten Staaten lag der Pro-Kopf-Rohstoffverbrauch bei mehr als 30 Tonnen, in Finnland und Irland sogar bei über 40 Tonnen.

Die ZEW-Analyse belegt, dass der weltweite Rohstoffverbrauch zwischen den Jahren 1995 und 2008 um 44 Prozent zugenommen hat. Der wichtigste Einflussfaktor war die steigende Endnachfrage mit 48 Prozent. Ein zweiter Treiber war die regionale Verschiebung der Endnachfrage hin zu Ländern, die mehr materialintensive Güter konsumieren; hierdurch wurde der Materialfußabdruck um 25 erhöht. Diese Verschiebung ist besonders ausgeprägt für Baustoffe und Investitionen – ein Hinweis auf den Einfluss von steigenden Infrastrukturinvestitionen in Schwellenländern wie China und Indien. Die Entmaterialisierung der Endnachfrage und die verbesserte Materialintensität in der Rohstoffförderung verringerten die Wachstumsrate des Rohstoffverbrauchs, konnten aber den gestiegenen Bedarf nicht komplett kompensieren.

Die vollständige Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/de/publikationen/7920

Frank Pothen, pothen@iuw.uni-hannover.de



Mietspiegel brauchen größere Marktnähe und bessere Datengrundlage

Die aktuelle gesetzliche Grundlage zur Erstellung von Mietspiegeln in Deutschland ist wenig präzise, so dass es häufig zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt. In einer Studie machen das ZEW und die IREBS International Real Estate Business School an der Universität Regensburg deutlich, welche Anforderungen funktionstüchtige Mietspiegel aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt erfüllen sollten – und entwickeln konkrete Vorschläge für eine verbesserte Berechnung des qualifizierten Mietspiegels.

Die Mietpreisbremse in Deutschland wird umgesetzt: Bei der Wiedervermietung von Wohnungen darf die Miete nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Dadurch werden Mietspiegel zum zentralen Steuerungselement des Wohnungsmarktes. Das zentrale Problem hierbei: Die Mietspiegel werden dieser hohen Bedeutung derzeit nicht gerecht. Daher machen die Wissenschaftler von ZEW und IREBS in ihrer Studie nun auf drei zentrale Punkte aufmerksam.

Trennung von Statistik und Politik

In einem Rechtsstaat werden amtliche Statistiken grundsätzlich von einer neutralen Stelle errechnet. Im Gegensatz dazu unterliegt der Mietspiegel, dessen Umsetzung weitgehend intransparent ist, trotz seiner hohen Bedeutung zu einem großen Teil dem Gestaltungswillen lokaler Politiker und Interessensvertreter. Im Ergebnis sind die durch Mietspiegel errechneten ortsüblichen Vergleichsmieten deutlich niedriger, als sie nach den tatsächlichen Marktbedingungen sein müssten.

Um die Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes aufrecht zu erhalten, muss der Mietspiegel wieder zu einem marktnahen Abbild des Wohnungsmarktes werden. Eine politische Einflussnahme auf die Berechnung von Mietspiegeln sollte nicht mehr möglich sein. Sofern eine Begrenzung der Miethöhe politisch erwünscht ist, sollte dies getrennt von der Berechnung des Mietspiegels umgesetzt werden. Die Mietpreisbremse kann hier als

Vorbild dienen: bei Wiedervermietungen nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Eine entsprechende Regelung für Mieterhöhungen würde dann noch fehlen. Ob hier ein Abschlag von null, zehn oder dreißig Prozent zur ortsüblichen Vergleichsmiete umgesetzt wird, bleibt dann allein der Politik vorbehalten.

Vollerhebung statt Befragung

Derzeit werden die Daten für qualifizierte Mietspiegel in mühevoller Kleinarbeit bei Mietern und Vermietern erfragt. Nur wer Lust hat, zu antworten, tut dies auch. Im Ergebnis ist der Datenumfang für eine repräsentative Stichprobe oft zu gering. Zudem bestehen vielfach Bedenken, dass die Erhebung aufgrund des selektiven Antwortverhaltens systematisch verzerrt ist. Eine internetbasierte Vollerhebung aller Vermietungsdaten erscheint daher geboten. Diese wäre zudem deutlich billiger. Auf eine Erfassung von Mieterhöhungen sollte dabei zukünftig verzichtet werden, da diese keinen Bezug zum aktuellen Marktgeschehen aufweisen.

Zeitliche Verbreiterung der Datenbasis

Die aktuell praktizierte einfache Durchschnittsbildung ohne Berücksichtigung des unterschiedlichen Alters der Daten ist ein eindeutiger Verstoß gegen grundlegende statistische und wissenschaftliche Prinzipien und in dieser Form bei einer Ausweitung auf zehn Jahre nicht tragbar. Sofern das unterschiedliche Alter der Daten hingegen methodisch explizit berücksichtigt wird, ist eine Ausweitung des Erhebungszeitraums auf zehn Jahre oder mehr nicht zu beanstanden.

Die Studie findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/IREBS10Mietspiegel2015.pdf>

Dr. Oliver Lerbs, lerbs@zew.de
Prof. Dr. Steffen Sebastian, Steffen.Sebastian@wiwi.uni-regensburg.de

Deutschland geht mit neuen Schulden, aber ausgeglichenem Haushalt aus der Krise

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hat Deutschland die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 relativ unbeschadet überstanden. Zwar stieg auch hierzulande die Staatsverschuldung in der Krise an, allerdings kehrte der Staat schnell zu einem ausgeglichenen Haushalt zurück. Auch Konjunktur und Arbeitslosenquote wurden nur moderat beeinträchtigt, wie aus einer aktuellen Studie des ZEW hervor geht.

Vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 war die wirtschaftliche Lage in Deutschland stabil und das Haushaltsdefizit gering. Insbesondere der deutsche Arbeitsmarkt hatte auch aufgrund der Hartz-Reformen an Dynamik gewonnen. Die Krise erreichte Deutschland 2009 mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von mehr als fünf Prozent. Dieser starke Rückgang war vor allem durch den Absturz der Exporte um 14 Prozent und das zeitweise Abfallen der Industrieproduktion bedingt. Jedoch konnten durch den vor der Krise nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt die automatischen Stabilisatoren, wie beispielsweise das Arbeitslosenversicherungssystem, uneingeschränkt wirken. Die Arbeitslosenquote stieg 2009 trotz des BIP-Rückgangs nur leicht und war in den Folgejahren sogar rückläufig.

Expansive Konjunkturpakete gegen die Rezession

Das 2008 verabschiedete „Konjunkturpaket 1“ war die erste Maßnahme gegen die Krise und erhöhte die Ausgaben ab 2011 jährlich um zirka 0,2 Prozent des BIP. Im Zuge des Pakets wurde unter anderem die Besteuerung von Unternehmen und Haushalten verringert, die Abschreibungsgrundlage für kleine und mittelständische Unternehmen verbessert und die Höchstdauer für Kurzarbeit von sechs auf 18 Monate angehoben. Darüber hinaus beinhaltete das Paket Konjunkturmaßnahmen wie die Einführung einer Abwrackprämie oder Investitionen in die Infrastruktur.

Im Jahr 2009 wurde das „Konjunkturpaket 2“ beschlossen. Neben Erweiterungen des „Konjunkturpakets 1“ umfasste es weitere expansive Maßnahmen wie die Erhöhung des Einkommensteuergrundfreibetrags um 170 Euro und die Senkung des Einkommenssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent. Zusätzlich wurde Kurzarbeit während der Krise subventioniert und das Investitionsprogramm in Infrastruktur und Bildung in den Jahren 2009 und 2010 ausgeweitet. Schließlich wurden die Krankenversicherungsbeträge gesenkt und Eltern durch einen einmaligen Kinderzuschuss und die dauerhafte Erhöhungen des Kindergelds entlastet. Die fiskalische Belastung durch das „Konjunkturpaket 2“ belief sich ab 2011 auf jährlich zirka 0,41 Prozent des BIPs.

Das ab 2010 zusätzlich wirksame „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ verbesserte die Lage der Unternehmen mithilfe von Änderungen in der Unternehmensbesteuerung und durch Steuerabschlüsse. Außerdem wurde mit dem Gesetz der Kinderfreibe-

trag erhöht und die Erbschaftssteuer gesenkt. Insgesamt wurden durch die beiden Konjunkturpakete und das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ die öffentlichen Ausgaben erhöht und die Einnahmen verringert, wodurch sich eine jährliche Mehrbelastung des Staatshaushaltes gemessen am BIP von zirka einem Prozent (2009) und 1,5 Prozent (2010) ergab. Die permanente Wirkung ab 2011 belief sich auf eine Mehrbelastung von rund 0,9 Prozent.

Trotz dieser eher geringen fiskalischen Mehrbelastung stiegen die Staatsschulden im Zeitraum 2008 bis 2010 durch die schlechte konjunkturelle Lage von 65 Prozent auf mehr als 80 Prozent, was insbesondere auf die Rettungsmaßnahmen für den krisengeschüttelten Finanzsektor zurückzuführen ist. Dieser wurde durch staatliche Beteiligungen in Höhe von 240 Milliarden Euro – 9,5 Prozent des BIP – unterstützt. Die endgültige Schuldenwirkung der Unterstützungsmaßnahmen hängt davon ab, in welchem Ausmaß Verluste beim Verkauf vermieden werden können.

Sparprogramm und schnelle wirtschaftliche Erholung

Um der wachsenden Staatsverschuldung entgegenzuwirken, beschloss die Bundesregierung 2010 das „Zukunftspaket“. Es wurden die Steuern für die Luftverkehr, Energie- und Nuklearenergie-Industrie erhöht beziehungsweise neu eingeführt und die öffentlichen Ausgaben im Bereich der Sozialausgaben, Verteidigung und öffentlichen Verwaltung gekürzt. Dies führte von 2011 bis 2014 zu Einsparungen in Höhe von rund 80 Milliarden Euro.

Durch die Maßnahmenpakete gegen die Krise stiegen die Ausgaben anteilig am BIP bis 2011 stark an, während die Einnahmenquote sank. Ab 2012 konnten die expansiven Maßnahmen durch das kontraktive „Zukunftspaket“ ausgeglichen werden. Durch die sich schnell erholende Wirtschaft nach 2009 sowie die Wirkung des „Zukunftspakets“ ab 2011 sank die Ausgabenquote, weshalb der Haushalt ab dem Jahr 2012 wieder nahezu ausgeglichen war.

Im europäischen Vergleich wurden die Staatsfinanzen in Deutschland nur moderat beeinträchtigt und fundamentale Steuer- und Ausgabe-Reformen blieben aus. Durch die Reformen vor der Krise und das volle Wirken der automatischen Stabilisatoren blieb auch die Arbeitslosenquote konstant und fiel später sogar.

Durch die Anpassung der Sozialleistungen an die Inflation und die Erhöhung im Steuerfreibetrag stieg das verfügbare Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Haushalte um 1,8 Prozent. Auch die reichsten zehn Prozent der Haushalte konnten dank der Abgeltungssteuer einen Einkommenszuwachs nach Steuern von 0,6 Prozent verzeichnen. Am meisten profitierten Alleinerziehende und Alleinstehende von den Reformen.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/7952>

Nachgefragt: Wie kann Deutschland von der Zuwanderung profitieren?

„Wir müssen uns der Zuwanderung geringqualifizierter Arbeitsmigranten stellen“

Ein rasant wachsender Flüchtlingsstrom hält Deutschland in Atem und weckt Fragen, wie die Zuwanderung sinnvoll gesteuert werden kann. In der Politik gibt es Streit darüber, ob ein Zuwanderungsgesetz die richtige Antwort ist. ZEW-Arbeitsmarktökonom Holger Bonin erklärt, dass Deutschland für die Steuerung der Arbeitsmigration aus Drittstaaten schon jetzt sinnvolle Regeln hat, aber bei der ökonomisch motivierten Zuwanderung von Geringqualifizierten vor einer heiklen Wahl steht.

Deutschland wird inzwischen international mit klassischen Zuwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien verglichen. Ist die gesetzliche Steuerung der Zuwanderung von Arbeitskräften für unser Land ökonomisch sinnvoll?

Angesichts der enormen Herausforderung durch die aktuelle Flüchtlingswelle ist die ökonomisch motivierte Zuwanderung etwas aus dem Blickfeld geraten. Dabei zählt Deutschland nach den Reformen der vergangenen Jahre international zu den Ländern, die für Zuwanderung in den Arbeitsmarkt am weitesten geöffnet sind. Der Staat kann wegen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa den Großteil dieser Zuwanderung nicht mehr aktiv steuern. Die hohen Beschäftigtenquoten der EU-Zuwanderer zeigen, dass eine Steuerung aber auch über Marktkräfte gut funktionieren kann. Bei der Zuwanderung aus Drittstaaten hat sich der Gesetzgeber für ein sehr sinnvolles Prinzip entschieden: die nachfrageorientierte Steuerung. So bekommt der Nachweis adäquater Beschäftigung genügend Gewicht. Länder mit humankapitalorientierter Steuerung haben nämlich die Erfahrung gemacht, dass primär nach Qualifikation ausgewählte Migranten beim Arbeitsmarkteinstieg Probleme haben und oft unter Qualifikation arbeiten. Daher hat Kanada sein Punktesystem vor kurzem auch völlig umgekrempelt und fährt nun im Kern wie Deutschland eine nachfrageorientierte Strategie.



Prof. Dr. Holger Bonin

ist Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ und Professor für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung an der Universität Kassel. Zu seinen bevorzugten wissenschaftlichen Interessen gehören die Wirkungen arbeitsmarkt- und familienpolitischer Maßnahmen, Fachkräftesicherung und demographischer Wandel, sowie die verhaltensbasierte Mikrosimulation des Arbeitsangebotsverhaltens.

bonin@zew.de

Die Diskussion wird häufig unter dem Argument geführt, der demographische Wandel mache Zuwanderung unabdingbar, um einen drohenden Verlust von Humankapital auszugleichen. Gehen uns die qualifizierten Fachkräfte aus?

Wenn Märkte flexibel sind, kann es einen Fachkräftemangel auf Dauer nicht geben. Sicher würde die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland ohne Zuwanderung drastisch sinken. Die Wirtschaft hat aber Möglichkeiten darauf zu reagieren, etwa mit Innovationen oder höheren Löhnen. Dann passt sich die Nachfrage an das schrumpfende Angebot an, was für die einheimischen Arbeitskräfte sogar von Vorteil sein kann. Arbeitsmigration ist keine notwendige, aber eine mögliche Antwort auf den demographischen Wandel. Ökonomische Vorteile ergeben sich vor allem dann, wenn Talente aus dem Ausland das Humankapital in einem Land nicht einfach nur vergrößern, sondern mehr Vielfalt hinein bringen.

An welche Vorteile denken Sie?

Neue Ideen, die mit den Migranten ins Land kommen, können die Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad heben. Zudem machen Zuwanderer, die gut in den Arbeitsmarkt integriert werden, die öffentlichen Finanzen tragfähiger. Wer einen Arbeitsplatz findet, bei dem das Einkommen über den für die Blaue Karte EU für Hochqualifizierte geltenden Grenzen liegt, zahlt im Normalfall mehr an Steuern und Beiträgen, als der Staat zusätzlich ausgibt. Die aktuellen Überschüsse im Staatshaushalt sind nicht zuletzt das Ergebnis der jüngsten Beschäftigungsrekorde, die Deutschland ohne eine qualifizierte Zuwanderung nicht erreicht hätte.

Was machen wir eigentlich mit Zuwanderern, die nicht gut qualifiziert sind, aber trotzdem kommen?

Da muss man differenzieren. Soweit es sich um anerkannte Flüchtlinge handelt, braucht man zur raschen Arbeitsmarktintegration einen gesicherten Aufenthaltsstatus und Qualifizierung. Die Jobcenter sollten so früh wie möglich auf Asylsuchende mit Bleibeperspektive zugehen, Kompetenzen erfassen und dann verbindliche individuelle Qualifizierungspläne entwickeln. Das kostet erst einmal Geld, aber wenn man hier spart, werden die Kosten für Staat und Gesellschaft am Ende nur noch höher. Bei den übrigen Fällen steht man vor einer heiklen Wahl. Man kann versuchen, Zuwanderer, die ökonomisch motiviert sind, aber keine gesuchten Qualifikationen mitbringen, konsequent zurück zu schicken oder gar nicht erst ins Land zu lassen. Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsländern nimmt das aber vermutlich zu wenig Druck aus dem Kessel. Die gewiss nicht populäre Alternative ist, dem Druck ein Stück weit nachzugeben und den deutschen Arbeitsmarkt über Kontingente kontrolliert auch für diese Gruppe wenigstens einen Spalt weit zu öffnen.

ZEW vergibt Heinz König Young Scholar Award an Schweizer Wissenschaftler



Der diesjährige Heinz König Young Scholar Award des ZEW ist während des ZEW Summer Workshops vom 6. bis 9. Juli 2015 an Stefano Carattini von der Haute Ecole de Gestion de Genève in der Schweiz verliehen worden. Das ZEW würdigt mit der Auszeichnung die Untersuchungen des Doktoranden zu den Auswirkungen einer Besteuerung des Abfalls privater Haushalte in

der Alpenrepublik. Der jährlich verliehene Heinz König Young Scholar Award ist mit 5.000 Euro dotiert, nach dem im Jahre 2002 verstorbenen Gründungsdirektor des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, benannt und beinhaltet zusätzlich zum Preisgeld das Angebot eines mehrmonatigen Forschungsaufenthalts am ZEW. Der Preis wurde in diesem Jahr von dem Unternehmen Fuchs Petrolub SE, Mitglied im Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V., gestiftet.

Der ZEW Summer Workshop befasste sich 2015 mit empirischen Methoden in der Innovations- und Umweltökonomik, und speziell solchen zur Evaluierung politischer Maßnahmen in diesem Bereich. Ziel des ZEW Summer Workshops ist es, den wirtschaftswissenschaftlichen Nachwuchs zu qualifizieren. In diesem Jahr wurden aus einer Vielzahl an Bewerbungen 16 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ausgewählt, um während des Workshops ihre Forschungsarbeiten mit anderen Nachwuchswissenschaftlern und renommierten Forschern zu diskutieren.

Mannheimer Unternehmenssteuertag 2015 beleuchtet Investitionsentscheidungen

Beim neunten Mannheimer Unternehmenssteuertag, den das ZEW und die Universität Mannheim ein Mal pro Jahr veranstalten, haben auch in diesem Jahr wieder namhafte Referenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung aktuelle Fragen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung diskutiert. Die Veranstaltung mit rund 90 Teilnehmern aus Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung widmete sich am 25. Juni 2015 dem Thema steuerlicher Chancen und Fallstricke bei strategischen Investitionsentscheidungen.

Neben den momentan ungünstigen Bedingungen für innovative Geschäftstätigkeiten in Deutschland zeigte die Veranstaltung die akuten Defizite bei der Berücksichtigung von Steuern mit

Blick auf Investitionsentscheidungen auf. ZEW Research Associate Prof. Dr. Christoph Spengel wies als Initiator des Unternehmenssteuertags auf das Spannungsfeld zwischen der zunehmenden Mobilität von Unternehmen und den derzeitigen Bestrebungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der EU-Kommission hin. Die Gestaltung einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sei daher derzeit eine enorme Herausforderung.

Neben Christoph Spengel sprachen ZEW Research Associate Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. vom Max Planck Institut für Innovation und Wettbewerb in München sowie Dr. Andreas Roth, Leiter der Abteilung Steuern und Zölle der John Deere GmbH & Co. KG.

Internationale Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung tagt am ZEW

Der ZEW-Forschungsbereich „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ hat am 2. und 3. Juli 2015 gemeinsam mit dem „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) die sechste Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung in Mannheim veranstaltet. Rund 70 internationale Gäste und vier renommierte Hauptredner diskutierten an beiden Veranstaltungstagen aktuelle Forschungsergebnisse zu Fragen des Patentsystems, den Anreizen für Innovationsaktivitäten und zum Zusammenspiel von öffentlicher und privater Forschung.

Die englischsprachige Konferenz wird im Zweijahresrhythmus am ZEW ausgerichtet und hat sich als eine der international führenden Fachkonferenzen im Bereich Patent- und Innovationsökonomie etabliert. Knapp 170 Forschende hatten sich in diesem Jahr beworben. Der Anteil an Beiträgen aus asiatischen Ländern ist im Vergleich zu den Vorjahren weiter gestiegen. Die



vorgestellten Forschungsarbeiten deckten dabei ein weites Spektrum sowohl der theoretischen als auch empirischen Forschung ab. In parallelen Sitzungen wurde beispielsweise der Spielraum zu wettbewerbsverzerrendem Verhalten im Patentrecht oder die Finanzierung von Innovationen erörtert. Zudem

wurden in mehreren Präsentationen aktuelle innovationsökonomische Themen diskutiert, darunter die Evaluation innovativ-politischer Instrumente, Kooperationen von Unternehmen mit der Wissenschaft und die Effektivität von wissenschaftlicher Grundlagenforschung.

Eine Besonderheit der diesjährigen Konferenz waren drei spezielle Sitzungen, in denen von ZEW-Wissenschaftlern aktuelle Arbeiten aus zwei großen EU-geförderten Projekten vorgestellt wurden. Das ZEW ist bei beiden Projekten als Kooperationspartner beteiligt. WWWforEurope, die Kurzform für „Welfare, Wealth, and Work for Europe“, vereint zirka 40 europäische Partner, die sich gemeinsam mit den Themen Globalisierung, demographischer Wandel und umwelt- und sozialverträgliches Wachstum auseinandersetzen. Das zweite Projekt namens CRE8TV.EU beschäftigt sich mit Innovationen in der europäischen Kreativwirtschaft. Durch die Konferenz hatten die Projektpartner die hervorragende Gelegenheit zu weiterem Ideenaustausch und zur Diskussion von Ergebnissen.

Neben Professor Mike Scherer von der Harvard University sprachen Alberto Galasso, Associate Professor an der Universität Toronto, Professor Reinhilde Veugelers von der KU Leuven sowie Jordi Jaumandreu, PhD, Senior Researcher an der Boston University, als Hauptredner während der Konferenz. Mike Scherer präsentierte eine theoretische Analyse zur optimalen Länge von Patentschutzperioden und hob dabei den zeitlichen Vorsprung hervor, den Innovatoren vor möglichen Imitatoren am Markt haben. Alberto Galasso stellte eine Untersuchung zum Zusammenhang von Patentrechten und kumulativen Innovationen vor. Seine Ergebnisse zeigen, dass Patente Folgeinnovationen nicht im Allgemeinen blockieren. Reinhilde Veugelers erläuterte einen Ansatz zur Messung von radikalen Innovationen auf Grundlage von Patentdaten. Schließlich sprach Jordi Jaumandreu über den Zusammenhang von Innovationen und Beschäftigung. Innovationen haben durchaus das Potenzial, Arbeitsplätze zu vernichten. Gleichzeitig schaffen sie aber auch Arbeitsplätze in neuen, zukunftsträchtigen Branchen.

ZEW-Debatte über Gründungen beim „Dialog an Deck“ an Bord der MS Wissenschaft

Warum die Gründungstätigkeit in Deutschland insgesamt abnimmt und was einen attraktiven Standort für Unternehmensgründer ausmacht, waren zentrale Themen der Veranstaltung „Dialog an Deck: Städte brauchen Gründer“, zu der das ZEW am 23. Juli



Diskutierten an Deck der MS Wissenschaft über Gründungen (v.l.): Dr. Peter Kurz, Moderator Thomas Kohl, Jacqueline Yildirim und Dr. Georg Licht.

eingeladen hatte. Bei der Veranstaltung an Bord des Ausstellungsschiffs MS Wissenschaft, das vom 23. bis zum 26. Juli in Mannheim vor Anker lag, diskutierten Dr. Georg Licht, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, und Jacqueline Yildirim, Gründerin der JACQ. GmbH, über die Gründungstätigkeit in Deutschland insgesamt, speziell in Mannheim und über die Attraktivität bestimmter Standorte für Gründerinnen und Gründer.

Zudem zeigte die Ausstellung „Zukunftsstadt“ im umgebauten Frachtraum der MS Wissenschaft die unterschiedlichen Herausforderungen, vor denen Städte stehen. Hierzu zählen die erfolgreiche soziale und wirtschaftliche Entwicklung genauso wie das Bereitstellen von ausreichend bezahlbarem Wohnraum, einer guten Verkehrsinfrastruktur und Energieversorgung, aber auch ökologische Aspekte. Diesen Themen widmeten sich rund 30 Ausstellungsstücke, darunter auch das interaktive Exponat „Städte brauchen Gründer“ des ZEW.

ZEW und Pekinger Universität für Außenwirtschaft und Handel bauen Beziehungen aus

Eine Delegation der University of International Business and Economics (UIBE, Universität für Außenwirtschaft und Handel) aus Peking hat am 20. Juli 2015 das ZEW besucht. Unter Leitung von UIBE-Vizepräsident Prof. Zhongxiu Zhao sprachen die Mitglieder der Delegation mit Vertretern des ZEW über die bisherige Kooperation sowie über die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des ZEW am Beijing Humboldt Forum 2015, das im September dieses Jahres wieder an der UIBE stattfinden wird. Begrüßt wurde die Delegation vom kaufmännischen Direktor des ZEW, Thomas Kohl, der sich freute, dass mit dem Besuch die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen weiter vertieft wird.





ZEW eNEWS

Das digitale und interaktive Magazin des ZEW für iPad, Tablet und Smartphone.

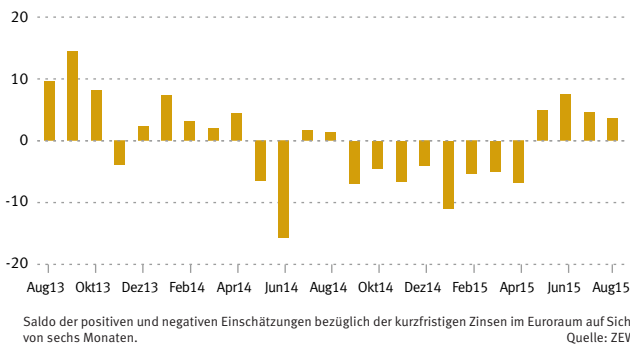
Kostenlos im App Store und bei Google Play.



ZEW FINANZMARKTREPORT

Fortsetzung der Niedrigzinspolitik erwartet

Die Erwartungen an die kurzfristigen Zinsen in der Eurozone bewegen sich laut aktuellem ZEW Finanzmarktreport weiterhin nahe der Nulllinie. Der entsprechende Saldo geht im August 2015



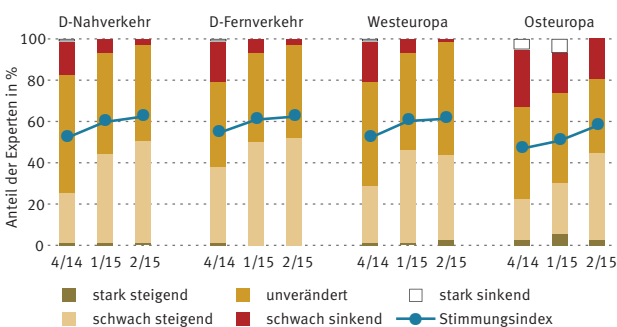
um einen Punkt auf 3,6 Punkte zurück. Im Verlauf der vergangenen 24 Monate lag der Saldo im Schnitt bei minus 0,4 Punkten. Dabei gingen im Mittel 84,7 Prozent der Umfrageteilnehmer des ZEW Finanzmarktreports im Zeitraum vom 27. Juli 2015 bis 10. August 2015 von keiner Veränderung am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve aus. Noch nie seit der Euro-Einführung 1999 waren sich die Finanzmarktexperten über so lange Zeit so einig in dieser Einschätzung. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank scheint sich demnach weiter zu verfestigen.

Dominik Rehse, rehse@zew.de

TRANSPORTMARKTBAROMETER

Aufwärtstrend im Straßengüterverkehr setzt sich fort

Zum dritten Mal in Folge steigt der StimmungsindeX des TransportmarktBarometers von Prognos/ZEW. Zwar ist nur noch ein leichter Anstieg zu verzeichnen, aber im Gegensatz zum Vorquar-



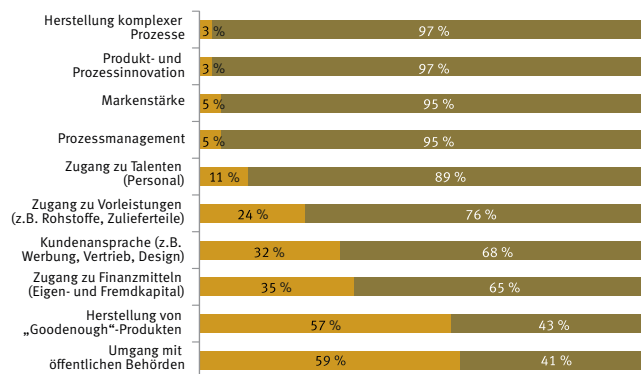
tal geht für Deutschland und Westeuropa praktisch kein Experte mehr von sinkenden Mengen aus. Für Westeuropa gilt allerdings, dass die Anzahl der Experten, die steigende Mengen erwarten, etwas zurückgegangen ist. Dabei spielen offensichtlich zurückhaltende Erwartungen für einige westeuropäische Länder wie unter anderem Frankreich und Italien eine Rolle. Insgesamt zeigen sich auch sehr positive Erwartungen für Osteuropa. Die Krise zwischen der Ukraine und Russland hat zumindest in der Transportbranche offensichtlich ihre Schrecken verloren.

Dr. Martin Kesternich, kesternich@zew.de

ZEW-PwC-WIRTSCHAFTSBAROMETER CHINA

Deutsche Unternehmen sehen sich im Vorteil

Deutsche Unternehmen sind im Vergleich zu ihrer chinesischen Konkurrenz gut aufgestellt. Das geht aus dem aktuellen ZEW-PwC-Wirtschaftsbarometer China für das dritte Quartal 2015 hervor, für das Führungskräfte deutscher Unternehmen in China befragt wurden. Das ZEW-PwC-Wirtschaftsbarometer China ist eine vierteljährliche Umfrage des ZEW in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC).



Quelle: ZEW-PwC-Wirtschaftsbarometer China

Drei Viertel der Befragten gehen von einem Vorsprung verglichen mit ihren chinesischen Wettbewerbern aus. Nur acht Prozent berichten von chinesischen Unternehmen, die ihnen voraus sind. Insbesondere bei der Herstellung komplexer Produkte, bei Innovationen oder Markenstärke sehen die Verantwortlichen Vorteile. Das regulatorische Umfeld in China bewerten deutsche Unternehmen insgesamt kritischer als noch vor zwei Jahren, was insbesondere für den Rechtsschutz und das geistige Eigentum gilt. Nur bei den Finanzierungsbedingungen und den geschäftlichen Zustimmungserfordernissen geht ein Großteil der Befragten von verbesserten Rahmenbedingungen aus.

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de



Wie sich die gemeinsame Haftung in der Eurozone eindämmen lässt

Die Kreditzinsen für hoch verschuldete Mitglieder der Eurozone sind seit der Verkündung des „Outright Monetary Transactions“ (OMT)-Programms der Europäischen Zentralbank auf ein

Niveau gesunken, das in keiner Weise durch die wirtschaftlichen Fundamentaldaten dieser Staaten gerechtfertigt ist. Auch wenn die Senkung der Zinsen eine durchaus hilfreiche Entlastung für viele EU-Staaten darstellt, birgt die Zerschlagung der Disziplin an den Kapitalmärkten doch erhebliche Risiken.

Dieser Schritt belohnt Staaten, die übermäßige Schulden angehäuft haben, und bestraft die, die sich um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und um tragfähige öffentliche Finanzen bemühen. Außerdem werden politische Konflikte innerhalb der Eurozone geschürt, da in Staaten wie Deutschland die Sorge wächst, die Kosten der laxen Fiskalpolitik anderer Staaten tragen zu müssen. Einzelne Mitglieder der Eurozone werden von den Kapitalmärkten nicht mehr ihrer Fiskalpolitik entsprechend bewertet, weder positiv noch negativ.

Welche Möglichkeiten bestehen also, um alte Fehler in Europa zu vermeiden? Gemeinsam mit Friedrich Heinemann habe ich deshalb den Vorschlag entwickelt, eine neue Form von nachrangigen Staatsanleihen (sogenannten Junior Bonds) einzuführen, die ich als „Accountability Bonds“ bezeichne. Dadurch soll eine Situation wiederhergestellt werden, die es Märkten erlaubt, einzelne Staaten vor dem Hintergrund ihrer eigenen finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu bewerten. „Accountability Bonds“ unterscheiden sich nun von vorrangigen Anleihen durch folgende Merkmale.

Erstens würden sie von Staatsanleihekäufen durch die EZB ausgeschlossen sein. Zweitens würden „Accountability Bonds“ nicht mehr bedient werden, sobald der emittierende Staat sich entweder in ein Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) begibt oder seine Schuldenstandsquote eine festgelegte Grenze überschreitet, die bei 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angesetzt werden könnte. Befristete Ausnahmen

von der Schuldenstandsregelung könnten Staaten gewährt werden, deren aktuelle Schuldenstände höher liegen.

Jede Regierung in der Eurozone wäre unter bestimmten Bedingungen verpflichtet, einen Teil ihrer Schulden in Form von nachrangigen Anleihen zu emittieren. Die Höhe könnte davon abhängig gemacht werden, inwieweit der jeweilige Staat den Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) nachkommt. Staaten, deren Schuldenstandsquote unter 60 Prozent liegt und deren Haushaltsdefizit weniger als drei Prozent beträgt, wären von der Ausgabepflicht nachrangiger Anleihen vollständig befreit. Von Mitgliedstaaten mit einer Schuldenstandsquote von mehr als 60 Prozent würde erwartet, ihre Referenzwertüberschreitung um mindestens 1/20 pro Jahr zu reduzieren, wie es der SWP vorsieht.

Falls die im Rahmen des SWP vereinbarten Defizitgrenzen überschritten werden, könnten die betroffenen Staaten dazu verpflichtet werden, einen Teil der überschießenden Neuverschuldung in Form von nachrangigen Anleihen zu emittieren. Das würde bedeuten, dass die Staaten zumindest einen Teil der impliziten finanziellen Unterstützung ihrer Überschuldung verlieren würden, die im Rahmen der derzeitigen impliziten Schuldenvergemeinschaftung in der Eurozone gewährt wird. Anleger, die in Accountability Bonds investieren, würden erhebliche Risikoprämien auf ihr Engagement verlangen. Dieses System würde also den reformierten SWP durch automatische marktbasierende Sanktionen ergänzen. Übermäßige Defizite würden sofort zu Zinsaufschlägen führen.

Durch die Politik der EZB ist das Ausmaß der Schuldenvergemeinschaftung innerhalb der Eurozone um ein Vielfaches gestiegen. Mit dem Konzept der „Accountability Bonds“ wird das Ziel verfolgt, das Ausmaß der gemeinsamen Haftung einzudämmen und wieder angemessene Anreize für eine nachhaltige Fiskalpolitik zu schaffen, ohne die Märkte für Staatsanleihen insgesamt zu destabilisieren.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEWSnews – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: iStockphoto (Seite 1, 5, 6); Thomas Tröster (Seite 9, 10); ZEW (Seite 8, 9, 10, 12)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2015